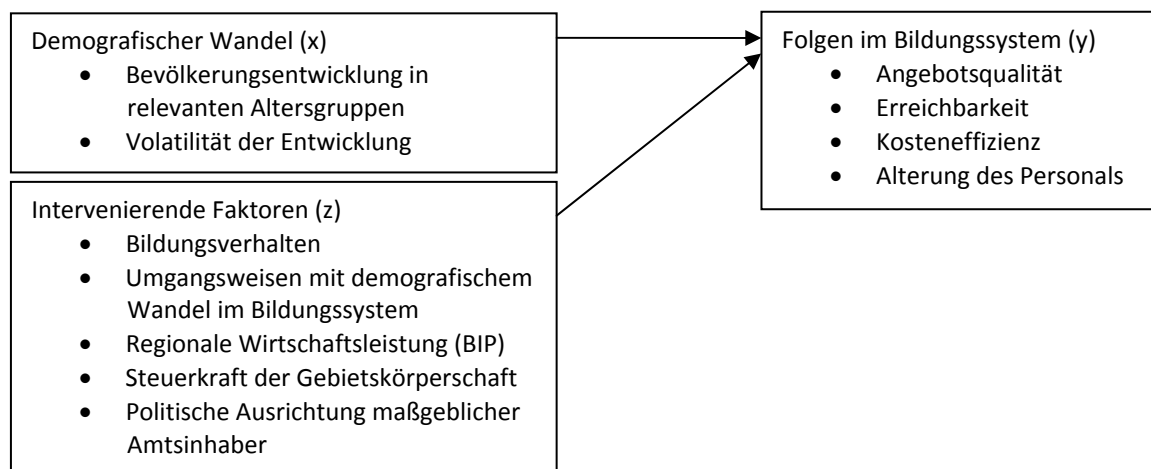


Gestalteter Wandel des Bildungssystems in schrumpfenden Regionen

Ausgangspunkt des Projektes ist die Frage, wie sich Bevölkerungsveränderungen auf Bildungseinrichtungen auswirken. Unter Bildungseinrichtungen werden Kindertagesstätten, allgemein- und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen verstanden. Die grundlegende These der Untersuchung lautet, dass Folgen demografischer Schrumpfung nicht unmittelbar eintreten, sondern nur vermittelt über gesellschaftliche Umgangsweisen mit Schrumpfung und deren Rahmenbedingungen angemessen zu erklären sind (Abbildung 1). Diese allgemeine These soll durch statistische Analysen sowie durch Experteninterviews präzise ausgearbeitet und im Detail überprüft werden.

Abbildung 1: Schematisches Modell des Untersuchungsgegenstandes



Bei Bildung handelt es sich um ein gesellschaftliches Feld, für dessen Nachfrage Veränderungen der Geburtenzahl äußerst relevant sind. Beispielsweise ist zu erwarten, dass von geringeren Jahrgangsstärken der bildungsrelevanten Bevölkerung ein Druck zur Steigerung der Kosteneffizienz des Bildungssystems ausgeht. Darüber hinaus erfordern in kurzen Zeitabständen wechselnde Jahrgangsstärken eine hohe Flexibilität von den aufeinander zu durchlaufenden Bildungsbereichen. Inwiefern steigender Kostendruck und hohe Flexibilitätsanforderungen jedoch eine Verschlechterung der Qualität und der Erreichbarkeit von Bildungsangeboten bedeutet, lässt sich nur nach eingehenden Analysen genau sagen. Schließlich haben darauf auch andere Faktoren als die jeweils relevanten Jahrgangsstärken der regionalen Bevölkerung einen Einfluss.

Zunächst stimmt das Volumen relevanter Altersjahrgänge nur in der Grundschule automatisch mit der Bildungsnachfrage überein. In allen anderen Bildungsbereichen ist darüber hinaus das Bildungsverhalten der jeweiligen Zielgruppe zu beachten. Im gegliederten Schulwesen der Sekundarstufe war in den letzten Jahren beispielsweise ein Trend zum Gymnasium zu beobachten. Dadurch wurde der Druck auf Haupt- und Realschulen bzw. Sekundarschulen noch zusätzlich erhöht. In räumlicher Perspektive differenziert sich die Bildungsnachfrage zusätzlich nach Schulstandorten aus, wenn die politischen Rahmenbedingungen der Schulwahl dies zulassen.

Wichtige Rahmenbedingungen von Bildung werden in politischen Gremien der Bundesländer, Kreise und Gemeinden gesetzt. Dazu gehören beispielsweise der Umfang rechtlicher Ansprüche auf Kinderbetreuung, Standards für Betreuungsrelationen oder Gebührenordnungen für Kinderbetreuung oder Studium. Neben der ideologischen Ausrichtung der Amtsinhaber spielen die jeweils verfügbaren finanziellen Mittel eine Rolle für die Ausgestaltung von Bildungspolitik. Bei einem

ausreichend hohen Wirtschaftswachstum einer schrumpfenden Region oder entsprechender Umverteilung zwischen Verwaltungseinheiten ist es beispielsweise möglich, dass der Druck zu mehr Kosteneffizienz im Bildungssystem abgeschwächt wird und freigesetzte Ressourcen in Qualitätssteigerungen investiert werden.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung in Ostdeutschland kam der Druck zu mehr Kosteneffizienz seit den 1990er Jahren am Deutlichsten durch die Schließung von Einrichtungen und betriebsbedingte Kündigungen zum Ausdruck. Dies sind schmerzhaft aber schnell wirkende Maßnahmen. Darüber hinaus konnten Einsparungen aber auch durch die Übernahme kommunaler Kindertagesstätten durch Wohlfahrtsverbände sowie kollektive Bündnisse für Beschäftigung erzielt werden. Zu den bemerkenswertesten Innovationen in diesem Bereich gehört die Bildung multifunktionaler Kindertagesstätten: Während früher Krippe, Kindergarten und Hort häufig getrennt organisiert wurden, werden heute vielfach Flexibilitätsgewinne dadurch erzielt, dass mehrere Altersgruppen unter einem Dach betreut werden. Gleichwohl setzt diese Flexibilität entsprechend qualifiziertes Personal voraus.

Bei den allgemein bildenden Schulen lassen sich ähnliche Bearbeitungsformen beobachten. Über die Schließung von Standorten hinaus zeigt sich insbesondere ein Trend zu weniger gegliederten Einrichtungen, wie letztlich auch die Bildung von Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt zeigt. Während die Frage der Dreigliedrigkeit des Schulsystems in Westdeutschland häufig ideologisch unüberwindbare Grenzen zwischen Parteien offenbart, führen sinkende Schülerzahlen in Ostdeutschland politisch offenbar zu mehr Pragmatismus. Schließlich lassen sich dadurch und durch kleinere Schulen attraktive Bildungsangebote auch an Standorten erhalten, deren Tragfähigkeit für ein differenziertes Angebot bereits gefährdet ist. Bisher ist jedoch noch unklar, ob die günstigen Schüler-Lehrer Relationen (etwa 14:1), über die Länder wie Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen verfügen und die relativ hohe Ausgaben verursachen (6.000-5.200 Euro/Schüler im Jahr) auf eine politisch gewollte Investitionsstrategie oder evtl. doch auf organisatorische Anpassungsprobleme zurückgehen.

Eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur Bewältigung demografischer Ungleichgewichte ist im Hochschulsystem zu beobachten. Der Hochschulpakt 2020 zeigt beispielsweise, dass durch eine Umverteilung von Ressourcen zwischen demografisch wachsenden und schrumpfenden Regionen bei einer gleichzeitig gelingenden Mobilisierung von Studierenden bestehende Studienkapazitäten effizienter genutzt werden können. Ähnliche Vereinbarungen sind beispielsweise auch im Bereich der dualen Bildung vorstellbar. Hier bestehen in Ostdeutschland nach wie vor große Kapazitäten an überbetrieblichen Ausbildungsplätzen während in Westdeutschland Jugendliche in so genannten Übergangsmaßnahmen, die keinen Abschluss vermitteln, ‚geparkt‘ werden.

Die dargestellten Beispiele zeigen, dass sinkende Schüler- und Studierendenzahlen nicht notwendig mit einem Abbau der Qualität von Bildungsangeboten einhergehen müssen. Konkrete Bedingungen und Folgen solcher Umgangsformen müssen jedoch noch genauer untersucht werden. Beispielsweise können öffentliche Entscheidungsträger in ihren Umgangsweisen mit demografischen Veränderungen auch Fehler machen. Werden notwendige betriebsbedingte Kündigungen etwa ohne eine Bildung von Altersgruppen bei der Sozialauswahl ausgesprochen, gehen diese einseitig zu Lasten jüngerer Arbeitnehmer. Darüber hinaus führen kollektive Bündnisse für Beschäftigung, wie sie aus Kinderbetreuung und Bildung bekannt sind, zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen für Berufseinsteiger, wenn sie ohne ausreichend breite Einstellungskorridore abgeschlossen werden. Unter diesen Umständen können beide Maßnahmen Abwanderung noch verstärken.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Reinhold Sackmann, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie
06099 Halle (Saale), Tel.: 0345 55 24252, E-Mail: reinhold.sackmann@soziologie.uni-halle.de